

Angst-Traum „Angst-Raum“¹

Über den Erfolg der AfD, „die Ängste der Menschen“ und die Versuche, sie „ernst zu nehmen“

Floris Biskamp

„Die Angsträume werden größer in unserem Land. Gerade für blonde Frauen werden sie leider immer größer. Und das im eigenen Land, liebe Freunde! Das ist unerträglich!“ (Höcke zit. n. Knappertsbusch 2017). Dies verkündete der thüringische AfD-Landessprecher Björn Höcke im Herbst 2015 bei einer Rede in Erfurt, die in Ausschnitten prominent in der ARD-Sendung *Günther Jauch* wiedergegeben wurde. Mit dem Begriff ‚Angsträume‘ greift er dabei ein gängiges Motiv rechter Propaganda auf. Dieses Wort findet sich auch auf einem Plakat, mit dem die rechtsextreme Regionalpartei *Pro NRW* bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 2014 warb. Dominiert wird dieses Plakates durch den etwas holprigen Reim „Angstraum Stadt - Wir haben’s satt!“ (*Pro NRW* 2014). Zur Illustration dieses „Angstraums“ dient bemerkenswerterweise das Symbol einer durchgestrichenen Moschee, mit dem die rechtsextreme Partei schon Jahre zuvor gegen die Pläne zur Errichtung der Ditib-Großmoschee in Köln-Ehrenfeld mobilisiert hatte.

Diese beiden Beispiele stehen stellvertretend für eine rechtsextreme und rechtspopulistische „Politik mit der Angst“ (Wodak 2016). Die rechte Propaganda beruft sich darauf, dass ‚die Menschen‘ Angst haben und man daher etwas gegen diejenigen unternehmen müsse, vor denen ‚die Menschen‘ Angst haben. Denn wie in den beiden Beispielen geht es bei den Ängsten, auf die sich die rechte Propaganda beruft, zumeist nicht um beliebige Ängste, sondern spezifisch um Ängste vor anderen, also vor bestimmten sozialen Gruppen.

Als Reaktion auf diese im Wahljahr 2016 ausgesprochen erfolgreiche Propaganda der Angst heißt es von Politikerinnen² aus Union

und SPD immer wieder, man müsse ‚die Ängste der Menschen ernstnehmen‘.

Dies tue ich im Folgenden zumindest in dem Sinne, dass ich ‚die Ängste der Menschen‘ und die mit ihnen betriebene Politik *als Gegenstand* ernstnehme. Dabei lege ich zuerst dar, inwieweit es sich bei den von der rechtspopulistischen Propaganda behaupteten Ängsten um eine empirisch messbare Realität handelt und in welchem Zusammenhang sie zum Wahlverhalten stehen (1). Daraufhin diskutiere ich zunächst, inwieweit es Gründe für (diese) Ängste gibt (2) und lege dann dar, dass die Mobilisierung der Ängste unabhängig davon eindeutig irrationale Züge trägt (3). Anschließend nehme ich zwei Perspektiven auf die politische Mobilisierung der Ängste ein – zum einen eine sozialpsychologische Perspektive, die den Fokus darauf richtet, welche Neigungen im Einzelnen dieser Mobilisierung entgegenkommen (4 und 5), zum anderen eine rassismuskritische Perspektive, die die Frage in den Mittelpunkt rückt, wessen Ängste mit welchen sozialen Effekten mobilisiert werden (6). Vor diesem Hintergrund schließe ich den Artikel mit Überlegungen darüber, was es heißt, wenn Politikerinnen der ‚Mitte‘ die Ängste der Menschen ernstnehmen‘ (7).

1 | Ängste, Sorgen und Wahlverhalten

Wie Meinungs- und Vorurteilsforschung bestätigen, existieren die Ängste in der Bevölkerung, auf die die rechte Propaganda sich bezieht, wirklich. Auch die von der AfD immer wieder besonders prominent angesprochenen Ängste vor ‚Flüchtlingen‘ und ‚dem Islam‘ sind empirisch messbar (vgl. Küpper/Zick 2016; Decker/

Eggers/Kiess/Brähler 2016). Obwohl die ablehnenden Einstellungen gegenüber diesen Gruppen teils als ‚Islamophobie‘ oder ‚Xenophobie‘ bezeichnet und so in die Nähe psychischer Angststörungen gerückt werden, lassen sie sich nicht auf Ängste *reduzieren*. Nichtsdestotrotz spielen ‚Ängste‘ vor dem Verlust des ‚Eigenen‘ durch zu viele ‚Fremde‘ eine Rolle, wenn 50 Prozent der Probandinnen in der *Mitte*-Studie von 2016 der Aussage „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ zustimmen (vgl. Decker/Eggers/Kiess/Brähler 2016: 50). Den seit 2002 im Zweijahresrhythmus erhobenen Studien zufolge schwankte die Verbreitung ‚ausländerfeindlicher Einstellungen‘ im Laufe des Untersuchungszeitraums zwischen 18,1 und 26,9 Prozent (Tendenz leicht abnehmend), die ‚islamfeindlicher Einstellungen‘ zwischen 30,2 und 50,0 Prozent (Tendenz deutlich zunehmend) und die eines ‚geschlossen rechts-extremen Weltbildes‘ zwischen 5,4 und 10,1 Prozent (Tendenz abnehmend) (vgl. Decker/Eggers/Kiess/Brähler 2016: 43-50). Negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten hegt etwa die Hälfte der ‚Mehrheitsbevölkerung‘ (vgl. Küpper/Zick 2016, 16).

Vor dem Hintergrund dieser Forschungsergebnisse überrascht weniger der jetzige Erfolg der AfD als vielmehr die Tatsache, dass es in der Bundesrepublik bis dato noch keine derartig erfolgreiche rechte Partei gegeben hat. Tatsächlich scheint es, als sei die AfD schlicht die erste Partei, der es gelingt, dieses in der Bevölkerung schon lange bestehende Einstellungspotenzial anders als etwa die Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre präsenten Republikaner (REP) längerfristig und bundesweit zu mobilisieren sowie in Wahlerfolge umzusetzen. Und die Demoskopie zeigt, dass Menschen, die „große Sorgen“ über zu viel Zuwanderung hegen, besonders häufig AfD wählen (Bergmann/Diermeier/Niehues 2017: 64-65).

2 | Gründe zur Sorge

Auch wenn materielle Versorgungslage und politische Stabilität in der Bundesrepublik im

historischen und globalen Vergleich betrachtet gegenwärtig ausgesprochen positiv ausfallen, auch wenn die Kriminalstatistik keinen akuten Anstieg von Gewalt- und Straßenkriminalität belegt, der eine Rede von einem ‚immer größer werdenden‘ ‚Angstraum Stadt‘ rechtfertigen würde (vgl. Bundesministerium des Innern 2017: 24-26), können die Einzelnen in Deutschland durchaus begründet Angst haben.

Dies gilt insbesondere für diejenigen Milieus, die ökonomisch von einer zunehmenden Prekarisierung und politisch von einer „Krise der Repräsentation“ (Reif-Spirek 2016) betroffen sind. Letztere begann damit, dass sich die europäische Sozialdemokratie in den 1990ern neu aufgestellt hat, in Deutschland versinnbildlicht durch die von Gerhard Schröder beschworene ‚Neue Mitte‘. Damit einher gingen zunächst Wahlerfolge, andererseits aber auch politische Maßnahmen, aufgrund derer sich traditionell sozialdemokratische Milieus zu Recht nicht mehr durch die SPD vertreten fühlen. Paradigmatisch hierfür sind die Hartz-Reformen, die die Prekarisierung insbesondere unterer Einkommensschichten vorantrieben und die Situation von Arbeitslosen verschlechterten. Eben diese Milieus wählen heute – bei relativ geringer Wahlbeteiligung und einem begrenzten Bevölkerungsanteil – überproportional oder gar mehrheitlich rechtspopulistisch. Dabei ist zu betonen, dass die zahlenmäßig stärkste Unterstützung für die AfD weniger vonseiten der unteren Schichten kommt als vielmehr von Seiten derjenigen Teile der Mittelschicht, die einen sozialen Abstieg fürchten. Jedoch stehen auch diese Abstiegsängste in einem direkten Zusammenhang zur zunehmenden Prekarität auf dem Arbeitsmarkt (Friedrich 2017: 21-28, 37-45, 82-93; Bergmann/Diermeier/Niehues 2017: 58-65; Küpper/Zick 2016: 22-27).

Eine ähnliche Repräsentationslücke klappt am rechten Rand der Unionsparteien, insbesondere der CDU. Zwar war Angela Merkels Modernisierung der Partei in ‚weichen‘ Fragen über Jahre hinweg mit großen Erfolgen an der Wahlurne verbunden, gleichzeitig entfremdete die CDU mit diesem Weg in die ‚Mitte‘ kon-

servative Milieus. Die Arbeiterinnenmilieus und konservativen Milieus können mit Gründen Angst haben, dass ihre Stimmen in den Parteien, die sie traditionell vertraten, kein Gewicht mehr haben. Dieses Gefühl, in der Politik keine Stimme zu haben und von den Parteien nicht vertreten, sondern fremdbestimmt zu werden, ist eine Grundlage für den Erfolg der AfD (Friedrich 2017: 13-21; Bergmann/Diermeier/Niehues 2017: 65)

Auch in Bezug auf ‚Flüchtlingskrise‘ oder Islam ist nicht jede Angst der ‚Mehrheitsbevölkerung‘ völlig aus der Luft gegriffen. Zwar kann auch massenhafte Einwanderung die ökonomische Lage der Bestandsbevölkerung langfristig verbessern, weil die Binnennachfrage steigt und die Neuankömmlinge zunächst in die niedrig entlohnten Stellen einsteigen, so dass sich für die Bestandsbevölkerung in einem expandierten Arbeitsmarkt Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Da wir nach Keynes‘ bekanntem Diktum jedoch auf lange Sicht alle tot sind, ist es aus der partikularen Perspektive insbesondere unterer Einkommensschichten durchaus instrumentell-rational, wenn sie kurzfristig denken und sich vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sowie einem sich verschärfenden Lohndruck fürchten. Eine ähnliche Konkurrenzsituation existiert auf dem Wohnungsmarkt: Bestand schon vor der ‚Flüchtlingskrise‘ ein Mangel an günstigem Wohnraum in Großstädten, erhöhen die Neuangekommen gerade hier die Nachfrage erheblich, so dass sich die ohnehin angespannte Marktlage nochmals verschärft. Freilich wären für diese Konkurrenzsituationen vernünftigerweise nicht die Geflüchteten, sondern die Wirtschafts- und Wohnungsbaupolitik verantwortlich zu machen, jedoch führt die Zuwanderung tatsächlich zu einer Konkurrenz und somit Verschlechterung für Teile der Bestandsbevölkerung, so dass eine liberale Migrationspolitik nicht in deren partikular-instrumentellem Interesse liegt.

In Bezug auf die Angst vor Islam und Musliminnen ist zwar kaum einzusehen, dass die Abstraktion *der Islam* eine Bedrohung für die durchschnittlichen AfD-Wählerinnen darstellt; manches, was mit dem Islam in

Zusammengang steht, kann jedoch sehr wohl als problematisch gelten. Die vielzitierten Statistiken darüber, welche Todesursachen um ein vielfaches wahrscheinlicher sind als ein Tod durch einen djihadistischen Terroranschlag, können angesichts der jüngsten Massenmorde von Paris, Brüssel, Nizza, Berlin und London nicht darüber hinwegtäuschen, dass islamistischer Terrorismus auch in Mitteleuropa eine reale Bedrohung darstellt. Besonderen Grund zur Furcht haben dabei Jüdinnen. Nicht nur gab es in den vergangenen Jahren eine ganze Serie von antisemitischen islamistischen Massakern in Europa – Toulouse, Burgas, Brüssel, Paris, Kopenhagen –, auch die antiisraelischen Demonstrationen im Sommer 2014 waren klar islamistisch und antisemitisch aufgeladen (Biskamp 2016a: 13-15). Ebenfalls nachvollziehbar sind feministische Befürchtungen vor einem islamischen Beitrag zu einem kulturellen *Backlash*, bei dem in den vergangenen Jahrzehnten erkämpfte Fortschritte rückgängig gemacht werden könnten. Dies ist etwa zu fürchten, wenn Islamverbände, deren Geschlechterpolitik konservativer ist als die der großen christlichen Kirchen in Deutschland (Schrode 2015: 53-57), einen Islamunterricht an deutschen Schulen mitgestalten sollten.

Diese zumindest partikular-instrumentell rationalen oder gar emanzipatorischen Grundlagen für Ängste oder Sorgen dürften einen gewissen Beitrag dazu leisten, dass in der Öffentlichkeit eine massive Fokussierung auf die Themen Flüchtlingspolitik und Islam besteht, was wiederum den Boden für die Angst-Kampagnen der AfD bereitet. Allerdings sollte der rationale Anteil nicht überbewertet werden. Wären die Debatten rational, würde sehr viel mehr über Arbeitsmarktpolitik, Wohnungsbau, Antisemitismus und Geschlechterpolitik im Allgemeinen gesprochen und sehr viel weniger über die gesellschaftlich relativ marginalen Musliminnen und Geflüchteten. Dafür, dass aus einer Angst vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt Ablehnung oder gar Hass gegen die neu angekommenen Menschen selbst wird, bedarf es zusätzlich einer Personifizierung und Rassifizierung. Dass diese vollzogen werden, ist

sozialpsychologisch durchaus wahrscheinlich, rational zu rechtfertigen ist es nicht.

3 | Angst ohne Gründe

Wie sehr die von der rechten Propaganda beschworenen Ängste von den Realitäten, auf die sie sich berufen, entkoppelt sind, erkennt man schon daran, dass die Behauptung einer liberalen Flüchtlingspolitik und hoher Geflüchtetenzahlen, mit der Wählerinnen ihre Entscheidung für die AfD begründen, kaum in Einklang mit der Realität zu bringen sind. Seit dem Herbst 2015 ist die deutsche Asylpolitik zunehmend rigide und die Zahl der neu ins Land Gekommenen dementsprechend stark gesunken. Für die Wahlerfolge der AfD war das zunächst kein Hindernis, wie die Erfolge bei Landtagswahlen 2016 zeigen.

Dass die oben genannten antisemitismus-kritischen oder feministischen Befürchtungen, die man in Bezug auf den Islam hegen könnte, wenig mit den Ängsten der AfD-Wählerinnen zu tun haben, zeigt ein Blick auf die geschlechterpolitischen Positionen der AfD (Lang 2017) sowie auf die sich in dieser Partei häufenden Fälle von manifestem Antisemitismus (Salzborn 2016). Keines von beidem scheint die Wahlentscheidung für diese Partei nachhaltig zu behindern.

Wie sehr die Ängste von Vernunftgründen abgekoppelt sind, ist auch am eingangs zitierten Pro-NRW-Plakat zu erkennen. Man kann es den Einzelnen nicht verdenken, wenn sie in bestimmten Stadtvierteln Angst haben – Stadtviertel mit hoher Kriminalitätsrate gibt es, solange es Großstädte und Kriminalität gibt. Dass die Angst vor dem ‚Raum‘ Stadt aber ausgerechnet durch das Bild einer Moschee symbolisiert werden soll, ist rational kaum zu erklären. Der Angst-Raum ist ein Angst-Traum.

Wie wenig sich die rechtspopulistische Propaganda der Angst letztlich um rationale Gründe schert, zeigt sich, wenn die Propagandistinnen mit den Lücken ihrer Argumentation konfrontiert werden. Eine perfekte Illustration lieferte der republikanische Politiker Newt Gingrich in einem CNN-Interview anlässlich

des Parteitages, bei dem seine Partei Donald Trump als Präsidentschaftskandidaten nominierte. Angesprochen darauf, dass der von Trump in seiner Parteitagsrede behauptete Zerfall der öffentlichen Sicherheit mit der Realität einer sinkenden Rate von Gewaltverbrechen kaum in Einklang zu bringen sei, versuchte Gingrich erst gar nicht ernsthaft, die These einer Zunahme von Verbrechen zu belegen. Vielmehr berief er sich darauf, dass eine Mehrheit der Bevölkerung das *Gefühl* habe, dass eine solche Zunahme vorliege. Dieses Gefühl bezeichnete er dann wieder als einen Fakt, den man nicht leugnen könne. Die Tatsache, dass Menschen Angst haben, gilt dann als Legitimation für eine Rede, die Maßnahmen gegen die fiktiven Gründe für diese unbegründete Angst einfordert.³

Auch den theoretisch plausiblen und durch die Vorurteilsforschung bestätigten Zusammenhang, dass Ängste vor sozialem Abstieg mit ablehnenden Einstellungen gegenüber rassifizierten Gruppen und einer Präferenz für rechtspopulistische Parteien korrelieren (vgl. Küpper/Zick 2016: 22-27; Bergmann/Diermeier/Niehues 2017: 61-65), sollte man sich nicht allzu schlicht vorstellen. Reale ökonomische Konkurrenz ist ein Teil des Problems; Rassismus und durch rassistische Propaganda erzielte Wahlerfolge allein auf sie zurückzuführen, würde aber das Problem verharmlosen und rationalisieren. Um den sehr viel komplexeren Zusammenhang zwischen sozialer Struktur, Vorurteil und Rassismus zu erkennen, ist eine Auseinandersetzung mit sozialpsychologischen Autoritarismustheorien hilfreich.

4 | Autoritarismus und Vorurteil

Die Theorien des Autoritarismus entstanden Mitte des 20. Jahrhunderts mit dem Ziel, den Aufstieg und die massenhafte Anhängerschaft faschistischer Bewegungen zu erklären. Diese bleiben unerklärlich, wenn man von im liberalen oder marxistischen Sinne rationalen Subjekten ausgeht, die ihre individuellen oder kollektiven Interessen im Sinn haben (vgl. Adorno 1973; Decker/Kiess/Brähler 2013; Milbradt 2017).

Vor dem Hintergrund gesellschaftstheoretisch eingebetteter psychoanalytischer Theoreme setzen autoritarismustheoretische Ansätze bei der Annahme an, dass die Einzelnen die widersprüchlichen Anforderungen der modernen Gesellschaft verarbeiten müssen – heute zum Beispiel die besonderen Bedingungen einer zunehmenden Prekarität des Arbeitslebens. Diese Verarbeitung könne auf verschiedene Weisen geschehen, denen jeweils bestimmte Charaktertypen entsprächen, von denen insbesondere der *autoritäre Typus* mit dem Aufstieg des Faschismus in den 1920ern und 1930ern sowie dem Aufstieg des Rechtspopulismus in der Gegenwart in Verbindung gebracht wird (Milbradt 2017).

Zusammengefasst verarbeitet dieser autoritäre Charakter die Widersprüche und Unsicherheiten moderner Gesellschaft durch eine Sehnsucht nach einem starken Kollektiv, in dem er identisch aufgehen will, sowie nach Führerfiguren, die dieses Kollektiv repräsentieren und denen er sich unterordnen kann. Weil solche Kollektive jedoch keine vorab existierenden Realitäten sind und keine reale Substanz haben, können sie nur in Abgrenzung gegen Andere gefasst werden. Was deutsch ist, kann nur in Abgrenzung gegen das definiert werden, was nicht deutsch ist.

Auf diese Anderen, gegen die das ‚eigene‘ Kollektiv abgegrenzt wird, projiziert das autoritäre Subjekt zugleich alle gefährlichen oder unerwünschten Eigenschaften, die es im eigenen Kollektiv und bei sich selbst nicht sehen will – etwa Faulheit, Dummheit oder Kriminalität. Als vermeintliche Trägerinnen dieser Eigenschaften werden die Anderen dann einerseits gehasst und gefürchtet; andererseits kann der autoritäre Charakter ohne die Abgrenzung gegen diese Anderen gar nicht existieren.

Die Ursachen für die autoritäre Angst vor den Anderen – etwa vor Geflüchteten oder Musliminnen – liegen demnach ebenso wenig bei den Anderen und ihrer realen Andersartigkeit wie in realen Konkurrenzsituationen – wenn letztere auch zur Verschärfung beitragen können. Stattdessen sind die Ursachen bei denjenigen zu suchen, die die Angst verspüren.

Das Problem ist nicht eine reale angstauflösende Differenz zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen, das Problem ist das identitäre Bedürfnis der Angsthabenden nach gefährlichen Anderen, gegen die man sich abgrenzen kann. Die Angsthabenden *brauchen* irgendwelche Anderen, auf die sie ihre Ängste abladen und projizieren können. Wenn es keine Geflüchteten oder Musliminnen gäbe, vor denen sie Angst haben können, müssten sie entweder welche erfinden oder sich andere Objekte suchen.

5 | Paranoia und Propaganda

Bei der Suche nach Gruppen, vor denen sie Angst haben können, gehen die autoritären Subjekte zwar nicht rational im Sinne einer ergebnisoffenen Prüfung von Annahmen vor, jedoch werden zumeist Objekte gesucht, bei denen die Zuschreibungen vor dem Hintergrund herrschender Debatten einen Anschein von Plausibilität vermitteln können. Angesichts der ‚Islamdebatten‘ und ‚Flüchtlingsdebatten‘ der vergangenen Jahre ist es wenig verwunderlich, dass diese beiden (einander überschneidenden) Gruppen heute im Fokus der öffentlich geäußerten Projektionen stehen.

Die Rolle der rechtspopulistischen Agitation besteht darin, diese Ängste und Projektionen an die Oberfläche zu holen, zu aktivieren, zu verstärken, zu bündeln und zu strukturieren. Leo Löwenthal bezeichnet rechte Agitation als „umgekehrte Psychoanalyse“ (zitiert nach Dubiel 1986: 42): Während die Psychoanalyse darauf ziele, irrationale Ängste dem Subjekt als solche kenntlich zu machen, durch die Reflexion ihrer vorbewussten Grundlagen zu überwinden und das Subjekt somit mündig werden zu lassen, ziele die rechte Agitation darauf, die Grundlage dieser Ängste im Dunklen zu lassen, die Ängste aufrechtzuerhalten, zu verstärken und das Subjekt unmündig zu halten.

Die rechte Propaganda aktiviert die Ängste nicht nur, sie arbeitet auch an ihrer Strukturierung und Politisierung. Hätten die Einzelnen nur ihre je individuellen, zufällig verteilten

Ängste vor diversen Gruppen, wäre das politisch wohl relativ folgenlos. Damit die Ängste politisch relevant und in Wahlerfolge umgesetzt werden können, müssen sie synchronisiert und strukturiert werden: Möglichst viele Menschen müssen ähnliche Ängste vor denselben Gruppen hegen. Das Handwerk rechtsextremer und rechtspopulistischer Agitatorinnen besteht darin, solche Synchronisierungsprozesse strategisch voranzutreiben und die Projektionen für bestimmte Zeit auf bestimmte Gruppen zu lenken – etwa indem man per Wahlplakat daran erinnert, dass es Musliminnen sind, die die Stadt zum ‚Angstraum‘ machen.

Ein Beispiel für eine solche Strategie ist das 2016 beschlossene Grundsatzprogramm der AfD. Nachdem die Partei im Frühjahr 2015 am Rande der Bedeutungslosigkeit stand, haben ihr die ‚Flüchtlingskrise‘ und die damit verbundenen Ängste neues Leben eingehaucht. Als 2016 ein neues Grundsatzprogramm beschlossen werden sollte, entschied man, eine weitere Angst prominent einzubeziehen, nämlich die vor dem Islam. Damit wählte die Partei wieder ein Thema, mit dem sie bestehende Ängste und Ressentiments gegen eine bestimmte Gruppe aktivieren und so eine Anknüpfung an gegenwärtige Diskurse herstellen kann. Dass es sich hier um eine bewusste Strategie handelt, geht aus geleakten Emails hervor, durch die der Programmentwurf schon vorab an die Öffentlichkeit gelangte. In einer Email der stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Beatrix von Storch an den Vorstand heißt es, „dass ‚der Islam das brisanteste Thema des Programms überhaupt‘ und für die ‚Außenkommunikation‘ am besten geeignet sei. ‚Asyl und Euro sind verbraucht, bringen nichts Neues‘, so Storch weiter. ‚Die Presse wird sich auf unsere Ablehnung des politischen Islams stürzen wie auf kein zweites Thema des Programms.“ (Spiegel Online 2016 mit Zitaten von Storch, s. auch Friedrich 2017: 65-76).

Dabei versorgen die Propagandistinnen die autoritären Charaktere zugleich mit ‚Argumenten‘ für ihre Ängste. Die psychische Konstitution dieser Subjekte macht sie besonders empfänglich für Propaganda und Hetze. Denn

ist das Angst-Objekt einmal gefunden, setzt bei den autoritären Subjekten eine ausgesprochen einseitige Realitätsprüfung ein, die Parallelen zu paranoiden Denk- und Schlussweisen aufweist: Beweise für den furchteinflößenden und gefährlichen Charakter von Musliminnen oder Geflüchteten werden so sehr gesucht, dass jeder noch so unplausible Hinweis unmittelbar als Beleg gilt, während widersprechende Informationen schlicht ausgeblendet werden (van Raden 2017). Begünstigt werden solche Prozesse durch die Filterblasen sozialer Medien (vgl. Gensing 2016). Indem die Agitatorinnen ihrer Klientel immer neue ‚Beweise‘ für ihr Weltbild liefern, verstärken sie diesen Prozess. Propaganda und Paranoia kommen einander entgegen.

Durch solche Strategien präsentiert sich die rechte Agitatorin zugleich als *Repräsentantin* und *Retterin* des eigenen Kollektivs. In sie soll die Bevölkerung die Hoffnungen legen, dass die Gefahren, vor denen man sich fürchtet, abgewehrt werden. Erreicht werden soll dies durch diskriminierende Maßnahmen gegen die Anderen – etwa durch Eingriffe in die Ausübung des Islam in Deutschland oder eine noch restriktivere Politik gegenüber Geflüchteten.

Betrachtet man das Problem der politischen Aktivierung von Ängsten aus einer solchen sozialpsychologischen Perspektive, handelt es sich um ein recht allgemeines Phänomen, das sich in verschiedenen Bevölkerungsgruppen wiederfindet. Tatsächlich existieren in diversen Gruppen vergleichbare Ängste und Sorgen, die durch je eigene Agitatorinnen geschürt werden. Während AfD und andere Ängste vor dem Islam mobilisieren, gibt es spiegelbildlich eine islamistische Agitation, die unter der muslimischen Bevölkerung Ängste vor einem allgemeinen ‚Krieg gegen den Islam‘ schürt, dem man begegnen müsse – nicht selten gepaart mit einer antisemitischen Feinderklärung.

Ein solcher Blick auf Islamismus und islamistische Propaganda ist aufschlussreich und wichtig, denn auch von ihnen gehen erhebliche Gefahren aus. Ein allein sozialpsychologischer Blick würde jedoch dazu neigen, die Ähnlichkeiten zwischen islamistischer und

antiislamischer Propaganda zu überzeichnen und Asymmetrien auszublenden. Um diese Asymmetrien zu erfassen, bedarf es einer spezifisch rassismuskritischen, diskurs- und machtanalytischen Perspektive.

6 | Angst, Normalität und Macht

Diese rassismuskritische Perspektive⁴ verweist einerseits auf partikuläre Normalitätsvorstellungen und andererseits auf soziale Machtdifferenziale. Die entsprechenden Asymmetrien lassen sich beispielsweise an den Reaktionen beobachten, die das jeweilige (Wahl)Verhalten im offiziellen Diskurs auslösen.

Auch wenn in Deutschland lebende türkische Staatsbürgerinnen mit der islamistischen AKP und der türkisch-nationalistischen MHP ebenfalls in großem Stil Parteien wählen, die man als ‚rechtspopulistisch‘ oder ‚rechtsextrem‘ bezeichnen könnte, hat dies ebenso wenig wie islamistische Umtriebe dazu geführt, dass Politikerinnen von Union und SPD meinen, man müsse ‚die Ängste‘ dieser Menschen ‚ernstnehmen‘ – viel eher werden dann ‚Integrationsprobleme‘ beklagt oder Loyalität zu ‚Deutschland‘ und seinen ‚Werten‘ eingefordert. ‚Die Menschen‘, um deren ‚Ängste‘ es geht, sind nur die Wählerinnen dezidiert deutscher rechter Parteien. Dass die je eigenen ‚Ängste‘ von den Volksparteien ‚ernstgenommen‘ werden, ist also ein *weißes Privileg*. Die in Deutschland lebenden Anhängerinnen Gaulands oder Höckes werden ‚ernstgenommen‘, die Anhängerinnen Erdogans zur Ordnung gerufen.

Diese unterschiedliche Thematisierung hängt zum einen mit verbreiteten Normalitätsvorstellungen zusammen. Die Vorstellung eines deutschen Volkes, zu dem eine weiße AfD-Anhängerin mehr gehört als eine türkeistämmige Islamistin, ist kein Alleinstellungsmerkmal des rechten Randes, sondern weit verbreitet.

Zum anderen hängt die unterschiedliche Thematisierung mit Macht- und Mehrheitsverhältnissen zusammen: Der Personenkreis, auf dessen Mobilisierung die AfD zielt, ist in Deutschland wahlberechtigt und groß genug,

um die parlamentarischen Mehrheiten in der Bundesrepublik deutlich zu verschieben, so dass die anderen Parteien sich umso mehr herausgefordert fühlen, die Ängste dieser Gruppe ‚ernst zu nehmen‘.

Diese Kombination aus weißer Norm und Machtdifferenzen bildet zunächst die Basis, auf der die AfD operiert: Gerade weil Debatten über die von ihnen als Objekt auserkorenen Anderen gesellschaftlich so verbreitet sind und weil damit gesellschaftliche Hegemonie hergestellt wird, kann die AfD so erfolgreich auftreten.

Zugleich machen weiße Norm und Machtdifferenzen das Wirken der AfD umso gefährlicher: Jenseits der Fantasie französischer Romanciers ist es kaum vorstellbar, dass der politische Islam seine Normvorstellungen in westlichen Ländern in Form von Gesetzen zur allgemeinverbindlichen Norm macht, die Nichtmusliminnen diskriminiert. Zwar können insbesondere die homophoben und antisemitischen Aggressionen seiner Anhängerinnen auch Nichtmusliminnen in ihrer Lebensführung erheblich beeinträchtigen, in seiner wirklichen Herrschaftsausübung bleibt er im Kern aber auf muslimische Bevölkerungsgruppen begrenzt. Andersherum arbeiten die ‚die Ängste der Menschen ernstnehmenden‘ Politikerinnen, die sich von den Erfolgen der AfD getrieben fühlen, durchaus daran, Gesetze zu erlassen, die die Kleidung von muslimischen Frauen reglementieren und den Tod von Flüchtenden an den Grenzen Europas noch wahrscheinlicher machen. Somit werden die sozialen Privilegierungen und Marginalisierungen, die die Basis für den Erfolg der AfD bilden, durch eben diesen Erfolg zugleich verschärft.

Auch wenn also in verschiedenen Gruppen sozialpsychologisch ähnliche Projektionen und Ängste bestehen – und die Einstellungen vieler neu in Deutschland angekommener Flüchtlinge denen von AfD-Wählerinnen durchaus ähneln (vgl. HMWK 2016) – ist die soziale Wirkmächtigkeit dieser Projektionen doch entscheidend von sozialen Normalitätsvorstellungen, Machtverhältnissen und hegemonialen Diskursen über Selbst und Andere bestimmt.

7 | ‚Die Ängste der Menschen ernstnehmen‘

Wenn Politikerinnen der ‚Volksparteien‘ ‚die Ängste der Menschen ernstnehmen‘ wollen, läuft dies oftmals darauf hinaus, dass sie die von der rechtspopulistischen Propaganda ins Zentrum gestellten Ängste als politische Handlungsanweisung nehmen und auf die Angst vor Geflüchteten und Musliminnen durch Initiativen für Obergrenzen bei der Aufnahme von Asylbewerberinnen, für eine Umstellung ihrer Versorgung auf Sach- statt Geldleistungen sowie für Burkini- oder Burka-Verbote reagieren. Um der Herausforderung der AfD zu begegnen, macht man sich deren Forderungen zu eigen. Dies haben die CDU-Spitzenkandidaten sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Berlin versucht und damit jeweils historisch schlechte Wahlergebnisse erzielt.

Vor dem Hintergrund der hier formulierten Überlegungen überrascht das kaum. Wären es begründete Ängste, die Menschen zur AfD trieben, wäre diese Art des ‚Ernstnehmens‘ ein plausibler Schritt. Weil es sich bei diesen Ängsten aber größtenteils um falsche Projektionen handelt, die aufgrund eines sozialen Machtgefälles und einer Übereinstimmung mit hegemonialen Diskursen wirkmächtig werden, ist es wahrscheinlicher, dass diese Art, ‚Ängste ernst zu nehmen‘, den gegenteiligen Effekt hat: Sie lässt den Anschein aufkommen, das Irrationale sei rational, das Illegitime sei legitim und die rechten Propagandistinnen seien die Mutigen, die diese Probleme als erstes angesprochen haben. Es ist nicht einzusehen, warum Wählerinnen vor diesem Hintergrund *nicht* AfD wählen sollten.

Plausibler scheint es, verschiedene Ängste auf verschiedene Weisen ernst zu nehmen: Wirklich ernst zu nehmen wären unter anderem die allzu oft vergessenen Ängste nicht wahlberechtigter geflüchteter Menschen, deren Unterkünfte angegriffen und die im öffentlichen Raum Opfer von Rassismus werden. Ebenfalls im positiven Sinne ernst zu nehmen sind die rational begründbaren Ängste vor einer sich zuspitzenden Situation auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt – aber nicht

durch Maßnahmen gegen Geflüchtete, sondern durch einen Streit über Wohnungsbau- und Arbeitsmarktpolitik, bei der die verschiedenen Parteien verschiedene Interessen repräsentieren und politisieren. Tatsächlich erlebten die Umfragewerte der AfD genau in dem Moment einen deutlichen Einbruch, als mit Martin Schulz ein SPD-Kandidat auf den Plan trat, der mit einer Wiederaufwertung der sozialen Frage verbunden wird. Wie nachhaltig dieser Effekt sein wird, dürfte davon abhängen, wie sehr die Wahlkämpfe der nächsten Jahre sich tatsächlich um solche Fragen drehen und wie sehr verschiedene Parteien dabei klar unterscheidbare Programme vertreten und auch umsetzen können.

Ängste vor den Konsequenzen von muslimischem Antisemitismus und repressiven islamischen Geschlechternormen wiederum sind nicht durch generalisierende Debatten über ‚den Islam‘, sondern durch die Problematisierung konkreter Akteurinnen und Probleme ernst zu nehmen.

Die projektiven Ängste vor ‚dem Islam‘ und ‚den Flüchtlingen‘ sollten dagegen *als Problem* ‚erstgenommen‘, Rassismus sollte als solcher bekämpft werden.

Dr. Floris Biskamp ist Lehrkraft für besondere Aufgaben sowie Koordinator des Promotionskollegs Soziale Menschenrechte an der Universität Kassel. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Politische Theorie, Gesellschaftstheorie, Politik und Religion, Rassismus, Rechtsextremismus sowie Rechtspopulismus. Zuletzt erschienen sind seine Dissertationsschrift *Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus Sicht postkolonialer und neuerer kritischer Theorie* (Bielefeld: transcript 2016) sowie der von ihm mitherausgegebene Sammelband *Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien* (Opladen: Barbara Budrich 2017).

Anmerkungen

¹ Beim vorliegenden Text handelt es sich um eine aktualisierte Version von Biskamp 2016b.

- ² Der Einfachheit halber verwende ich das generische Femininum. Wenn es der Kontext nicht anders impliziert, schließen weibliche Formen alle ein, unabhängig davon, ob sie sich als weiblich identifizieren. Männer sind mitgemeint.
- ³ Für eine kritische Darstellung s. Oliver (2016, ab 5:04).
- ⁴ Ich beziehe mich hier auf das erweiterte Rassismusverständnis wie es in Deutschland seit den 1990ern verbreitet ist, s. z. B. Rommelspacher (1995) und Terkessidis (2004).

Literatur

- Adorno, Theodor W.* 1973: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehuys, Judith* 2017: Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 48, Heft 1, S. 57-75.
- Biskamp, Floris* 2016a: Orientalismus und demokratische Öffentlichkeit. Antimuslimischer Rassismus aus Sicht postkolonialer und neuerer kritischer Theorie. Bielefeld: transcript.
- Biskamp, Floris* 2016b: Angst-Traum „Angst-Raum“. Über den Erfolg der AfD, „die Ängste der Menschen“ und die Versuche, sie „ernst zu nehmen“. In: Überblick, Jg. 22, Heft 3, S. 3-10.
- Bundesministerium des Innern* 2017: Polizeiliche Kriminalstatistik 2016. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar* 2013: Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose. Gießen: Psychosozial.
- Decker, Oliver/Eggers, Eva/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar* 2016: Die ‚Mitte‘-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar 2016: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Gießen: Psychosozial, S. 23-66.
- Dubiel, Helmut* 1986: Das Gespenst des Populismus. In: Dubiel, Helmut (Hg.): Populismus und Aufklärung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 33-50.
- Friedrich, Sebastian* 2017: Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen. Berlin: Bertz + Fischer.
- Gensing, Patrick* 2016: Rechte Hetze im Netz. Eine unterschätzte Gefahr. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt E-Book.
- HMWK* 2016: Flüchtlinge 2016. Studie der HMKW zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen 2016. http://www.hmkw.de/fileadmin/media/downloads/pdfs/Publicationen/HMKW_FL%C3%BCchtlinge_2016_Studie_Ronald_Freytag_20160815.pdf [20. September 2016].
- Knappertsbusch, Felix* 2017: Funktionen von Feind- und Fremdbildkonstruktionen aus der Perspektive einer sprachpragmatischen Vorurteilkritik. In: Milbradt, Björn/ Biskamp, Floris/Albrecht, Yvonne/Kiepe, Lukas (Hg.): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Opladen: Barbara Budrich, S. 51-70.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas* 2016: Zwischen Willkommen und Hass. Einstellung der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu Flüchtlingen. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, Jg. 1, Heft 1, S. 13-32.
- Lang, Juliane* 2017: ‚Wider den Genderismus!‘ Extrem rechte Geschlechterpolitiken. In: Milbradt, Björn/Biskamp, Floris/Albrecht, Yvonne/Kiepe, Lukas (Hg.): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Opladen: Barbara Budrich, S. 107-118.
- Milbradt, Björn* 2017: Beantwortung der Frage: Was ist Gegen-Aufklärung. Eine Ideologiekritik am Beispiel Pegida. In: Milbradt, Björn/ Biskamp, Floris/Albrecht, Yvonne/Kiepe, Lukas (Hg.): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Opladen: Barbara Budrich, S. 17-32.
- Oliver, John* 2016: Republican National Convention: Last Week Tonight with John Oliver July 24, 2016. <https://www.youtube.com/watch?v=zNdkrtfZP8I> [20. September 2016].
- Pro NRW* 2014: „Angstraum Stadt, Wir haben’s satt!“ 2016 von http://pro-nrw.net/pro/wp-content/uploads/2014/04/Postkarte_

NRW_Angsträum.pdf [20. September 2016].

van Raden, Rolf 2017: Feindbild „Lügenpresse“. Über ein massenwirksames verschwörungstheoretisches Konstrukt. In: Milbradt, Björn/ Biskamp, Floris/Albrecht, Yvonne/ Kiepe, Lukas (Hg.): Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Opladen: Barbara Budrich, S. 133-150.

Reif-Spirek, Peter 2016: AfD oder: Die Krise der Repräsentation. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2016, S. 25-28.

Rommelspacher, Birgit 1995: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda.

Salzborn, Samuel 2016: Zugeräunter Wahn. Antisemitismus in der AfD. <http://www.taz.de/!5346882/> [17. April 2017].

Schrode, Paula 2015: Islam und Rassismus in Deutschland. In: Drews-Sylla, Gesine/ Makarska, Renata (Hg.): Neue alte Rassismen? Differenz und Exklusion in Europa nach 1989. Bielefeld: transcript, S. 45-68.

Spiegel Online 2016: Islamkritik soll Schwerpunkt im neuen AfD-Programm werden. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-programm-islamkritik-soll-schwerpunkt-werden-a-1081842.html> [20. September 2016].

Terkessidis, Mark 2004: Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: transcript.

Wodak, Ruth 2016: Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien: Konturen.

Ethnos vs. Demos: Der exkludierende ‚Volks‘-Begriff und dessen Anschlussstellen für antimuslimische Positionen im zeitgenössischen Rechtspopulismus

Farid Hafez

1 | Einleitung

In europäischen Gesellschaften wird gegenwärtig mehrheitlich davon ausgegangen, dass rassistische Verhältnisse ein Randphänomen seien. Und mehr noch als in den Vereinigten Staaten wird in europäischen Gesellschaften davon ausgegangen, dass Europa sich in einem post-rassistischen Stadium befände. Im Unterschied zu den USA sind Genozide an Völkern im Zuge kolonialer Expansionen kaum thematisiert (El-Tayeb 2008), wie die angeregte Debatte um die Ausstellung zur deutschen Kolonialgeschichte im Deutschen Historischen Museum im Oktober 2016 zeigt. Der Völkermord an den Herero und Nama in Deutschland etwa gilt nach wie vor als weit ignoriertes Detail in der Geschichte. Fatima

El-Tayeb spricht von einer weit verbreiteten historischen und wissenschaftlichen Verleugnung der Geschichte des Rassismus in Deutschland (El-Tayeb 1999). Auch die offensichtlichen Auswüchse des Antisemitismus werden dabei als *sui generis* konzeptionalisiert und nicht in ein breites Verständnis von Rassismus eingebettet. Astrid Messerschmidt spricht hierbei von einer post-nationalsozialistischen Ära in Deutschland. Diese bestand darin, zuerst die Schuld an der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden zu verdrängen und damit eine Thematisierung des völkischen Antisemitismus zu erschweren. In einem zweiten Schritt hat die Erinnerungspolitik zu einer Depolitisierung geführt, da die Geschichte des Nationalsozialismus als abgeschlossen thematisiert wird und keine Beziehung zwischen